

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 8/2016

19. APR 2016 | MARKUS KRÜSEMANN

obs gibt es jede Menge - sei es in Leiharbeit, Werkvertrags-Konstruktionen, Minijobs, befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeitjobs und im Niedriglohnbereich. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: der Mindestlohn.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 03.05.2016.

1] TOPTHEMA: MINDESTLOHN

Neben den verschiedenen Branchenmindestlöhnen hat der allgemeine gesetzliche Mindestlohnwohl am stärksten die Verdienstsituation von Geringverdienenden aufgebessert. Vier Millionen werden sich Anfang 2015 über ein Lohnplus gefreut haben. Da man mit 8,50 Euro Niedriglöhner bleibt, müsste die Lohnuntergrenze ab 2017 kräftig angehoben werden. Das wird die zuständige Kommission aber nicht stemmen. Zu groß sind weiterhin die Widerstände im Arbeitgeberlager, dem die einschlägige Ökonomenriege immer wieder mit ihren marktradikalen Positionen beispringt.

Auch die Tricks und Verstöße gegen den Mindestlohn waren den Medien Berichte wert. Immerhin legten sie dabei den Finger in die Wunder der viel zu geringen Kontrollen durch den Zoll. Und weil die ersten Feldfrüchte reifen, darf der Mindestlohn (wie letztes Jahr) als Ursache für höhere Erdbeer- und Spargelpreise herhalten. Da wird auch gerne mal geschwindelt. Dass die Erntehelfer aber maximal acht Euro pro Stunde (brutto) verdienen, das regt niemand auf... Doch lesen Sie selbst:

Viele Tricks bei der Arbeitszeit

Um das Mindestlohngesetz drehen sich nach wie vor viele Diskussionen. Doch die Kontrolle ist schwierig. Das liegt an der dünnen Personaldecke beim Zoll, aber auch an Schlupflöchern für schwarze Schafe unter den Arbeitgebern.

Die Tricks sind vielfältig. (...) Am gängigsten ist es, die offizielle Arbeitszeit einfach dem Mindestlohn anzupassen und den Rest ohne Aufzeichnung abzuarbeiten.

(...)

Quelle: Stuttgarter-Nachrichten.de vom 18.04.2016

Mindestlohn: Erhöhung 2017 erkämpfen

Seit Anfang 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland. Er beträgt mit 8,50 Euro deutlich weniger als in den anderen westeuropäischen Ländern (...). Vor allem ist er deutlich zu gering, auch wenn er die Kaufkraft verbessert hat.

Die zuständige Kommission berät derzeit über eine Erhöhung von 30 bis 32 Cent (...). Die Erhöhung soll sich laut Gesetz an der Tarifentwicklung der letzten zwei Jahre orientieren (...). Nun soll aber selbst diese Vorgabe

deutlich unterschritten werden.

(...)

Quelle: sozialismus.info vom 17.04.2016

Mindestlohn sollte nicht für Flüchtlinge gelten

Kein Mindestlohn und gering bezahlte Praktika: So sollen dem Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zufolge Flüchtlinge in den Jobmarkt integriert werden.

"Eine temporäre Aufhebung des Mindestlohns, um diese Menschen in Arbeit zu bringen, begleitet von Sprachkursen und anderen Qualifikationsmaßnahmen, ist sinnvoll", sagte er der Nachrichtenagentur dpa in Mannheim. Allerdings solle dies keine Dauerlösung sein.

(...)

Quelle: Zeit online vom 16.04.2016

"Ich bin gegen einen höheren Mindestlohn"

Clemens Fuest findet starke Worte. Der neue Chef des Münchner Ifo-Institutes plädiert als Mitglied der Mindestlohn-Kommission gegen eine Erhöhung.

Ah, was halten Sie vom Mindestlohn?"Nichts. Die Politik sollte nicht über die Höhe der Löhne entscheiden (...). Ich bin gegen einen höheren Mindestlohn. Vor allem wegen der Zuwanderung. Mehr Mindestlohn, mehr Arbeitslosigkeit."

(...)

Quelle: Süddeutsche.de vom 15.04.2016

Eröffnung der Spargelsaison: Die Ernte hat ihren Preis

Es ist die zweite Saison, in der die Saisonarbeiter aus Ländern wie Rumänien, Polen, Bulgarien oder Kroatien einen Mindestlohn erhalten. Vom Bruttolohn geht ein fester Betrag für Unterbringung, Verpflegung und Krankenversicherung ab. Unterm Strich heißt das dann 5,60 Euro netto Arbeitslohn.

Dass der Spargel durch den Mindestlohn teurer wird, so wie manche befürchtet hatten, ist derzeit nicht zu beobachten. Noch liegt der Preis zwar über zehn Euro pro Kilo, aber er werde sich natürlich schnell senken und auf dem Niveau der letzten Jahre einpendeln, wenn das Wetter mitspielt.

(...)

Quelle: Frankfurter Neue Presse online vom 15.04.2016

Für 190.000 Thüringer Jobs wurde 2015 Mindestlohn fällig

Weit mehr als jede vierte Arbeitnehmerin und jeder siebte Arbeitnehmer in Thüringen profitierte von der Einführung des Mindestlohnes im vergangenen Jahr.

Wie aus einer Auswertung des Statistischen Landesamtes auf Anfrage unserer Zeitung hervorgeht, gab es vor

Einführung der Lohnuntergrenze 2014 insgesamt 190.000 Jobs im Freistaat, für die ein Stundenlohn unter der 8,50-Euro-Grenze gezahlt wurde.

(...)

Quelle: Thüringer Allgemeine online vom 14.04.2016

Arbeitgeber gegen höheren Mindestlohn

Die Arbeitgeber haben Forderungen, den Mindestlohn von 8,50 Euro rasch auf zehn Euro anzuheben, als „völlig abwegig“ bezeichnet. „Das wäre mit dem Mindestlohngesetz nicht zu vereinbaren“, sagte der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Reinhard Göhner.

Er wies damit Forderungen des Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, zurück. Dieser hatte in der „Frankfurter Rundschau“ verlangt, „sich schnell auf zehn Euro zuzubewegen“.

(...)

Quelle: WAZ online vom 12.04.2016

Mindestlohn wird nur halbherzig kontrolliert

Anders als bei der Medikamentenfahndung hielten sich die Ermittler bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit sowie der Kontrolle des gesetzlichen Mindestlohns zurück: Es gab 2015 nur noch rund 400.000 Prüfungen der so genannten Finanzkontrolle Schwarzarbeit, das war fast ein Drittel weniger als im Vorjahr.

Der Verdacht der Gewerkschaften gegen die Bundesregierung und namentlich Finanzminister Wolfgang Schäuble ist so alt wie der Mindestlohn: Da Schäuble immer gegen den Mindestlohn gewesen sei, torpediere er ihn durch mangelhafte Kontrolle, so der Vorwurf.

(...)

Quelle: Tagesspiegel online vom 11.04.2016

Zoll deckt Verstöße im vierstelligen Bereich auf

Seit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns Anfang 2015 hat der Zoll Verstöße im vierstelligen Bereich festgestellt. Das sagte der zuständige Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, Julian Würtenberger, am Montag in Berlin bei der Zoll-Jahrespressekonferenz.

Während im ersten Halbjahr 2015 noch die Aufklärung über die neuen Vorschriften im Mittelpunkt gestanden hätten, sei es ab der Jahresmitte verstärkt darum gegangen, Verstöße aufzudecken, erläuterte Würtenberger.

(...)

Quelle: Tagesspiegel online vom 11.04.2016

Körzell kritisiert Rückgang der Mindestlohn-Kontrollen

Anlässlich der Bilanz des Zolls fordert DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell mehr und bessere Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes: "Wenn das Mindestlohngesetz wirken soll, sind Kontrollen unerlässlich.

Statt diese aber konsequent umzusetzen, sind die Kontrollen im Jahr 2015 verglichen mit 2014 deutlich zurückgegangen.

Noch schlimmer - die eingeplanten zusätzlich ausgebildeten Zollbeamten wurden für Aufgaben des BAMF abgezogen. Damit haben all die Unternehmen, die sich um den Mindestlohn herummogeln, 2015 quasi einen Freibrief gehabt - zulasten der Beschäftigten.

(...)

Quelle: DGB Pressemitteilung 031 vom 11.04.2016

189.000 Berliner profitieren vom Mindestlohn

In Berlin haben rund 189.000 Arbeitnehmer von der Einführung des Mindestlohns profitiert. Das geht aus Daten des Statistischen Landesamtes Berlin und Brandenburg hervor.

Sie verdienten vor Einführung des Gesetzes einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Mit Einführung des Mindestlohns stieg der Stundenlohn der betroffenen Angestellten um durchschnittlich 1,50 Euro, geht aus den Unterlagen der Berliner Statistiker hervor.

(...)

Quelle: Berliner Morgenpost online vom 11.04.2016

Von leckeren Erdbeeren und Spargelstangen bis hin zu rechnerisch nicht geschaffenen Niedriglohnjobs, die zu einem tatsächlichen Verlust deklariert werden

»Bei Erdbeeren drohe ein Preisanstieg von bis zu 20 Prozent, teilte ein Sprecher des Verbands Süddeutscher Spargel- und Erdbeerbauern gegenüber der Zeitung mit. Grund sei der Anstieg des Mindestlohns.«

»Es bedarf nur wenig Recherche, um zu erkennen, dass dies nicht zutrifft. Prozentual nämlich ist der Mindestlohn in Westdeutschland lediglich um 8,1 Prozent gestiegen (2014: 7,40 Euro), im Osten der Republik um 9,7 Prozent (2014: 7,20 Euro).

(...)

Quelle: Aktuelle Sozialpolitik, Blogbeitrag vom 09.04.2016

Vier Millionen Jobs profitierten von Mindestlohn

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im April 2014 in Deutschland 5,5 Millionen Jobs, die geringer bezahlt wurden als der Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde. Davon fielen 4,0 Millionen - 10,7 Prozent aller Jobs - unter den Schutz des Gesetzes.

Mehr als die Hälfte - 2,2 Millionen - waren Minijobs, der Rest Vollzeit- und Teilzeitstellen. Frauen machten einen Anteil von 61,7 Prozent an den Geringverdienern aus. Sie verdienten im April 2014 demnach im Schnitt brutto 7,21 Euro je Stunde, die betroffenen Männer 7,18 Euro.

(...)

Quelle: Tagesspiegel online vom 06.04.2016

Der dreiste Mindestlohn-Swindel der Erdbeerbauern

Ein Bauernverband stimmt die Deutschen auf 20 Prozent höhere Erdbeerpreise ein. Als Grund nennt er den gestiegenen Mindestlohn. Doch diese Rechnung geht nicht auf. Verbraucherschützer sind empört.

"Die Aussage der Erdbeerbauern ist dreist", sagt deshalb Armin Valet von der Verbraucherzentrale Hamburg. "Sie versuchen nur, die Verbraucher auf einen höheren Preis einzunorden, damit sich später niemand wundert und trotzdem alle zugreifen."

(...)

Quelle: Welt online vom 06.04.2016

Mindestlohn verteuert Spargel und Erdbeeren

Die Preise für Erdbeeren und Spargel dürften in diesem Jahr laut Medienberichten deutlich ansteigen. Grund: Der Anstieg des Mindestlohns um bis zu 70 Cent gegenüber dem Vorjahr.

Seit Jahresbeginn gilt in der Landwirtschaft ein Mindestlohn von acht Euro pro Stunde in Westdeutschland und 7,90 Euro in ostdeutschen Bundesländern. Das sind 60 beziehungsweise 70 Cent mehr als im Vorjahr.

(...)

Quelle: FR online vom 06.04.2016

2] WEITERE MELDUNGEN

Wochenenddienste: Keine Benachteiligung für Teilzeitkräfte

Eine Klinik hatte Teilzeit- und Vollzeitkräfte gleichermaßen zu Wochenenddiensten verpflichtet. Dagegen klagte eine Teilzeit-Mitarbeiterin. Und das Gericht gab ihr Recht - mit einer klaren Begründung.

Teilzeitkräfte müssen es nicht hinnehmen, wenn sie genauso viele Wochenenddienste machen sollen wie ihre Kollegen in Vollzeit. Ist das der Fall, ist darin eine verbotene Benachteiligung zu sehen.

(...)

Quelle: N24.de vom 18.04.2016

Ravensburg ist eine Hochburg der Leiharbeit

Selten hat ein Arbeitsmarktinstrument so erbitterte Diskussionen ausgelöst wie die Arbeitnehmerüberlassung. Dennoch steigt die Anzahl der Zeitarbeitsunternehmen genauso kontinuierlich wie die der Leiharbeiter. Auch im Landkreis Ravensburg.

Eine Hochburg der Personalvermittlungsfirmen scheint die Stadt Ravensburg zu sein. Allein im Innenstadtbereich gibt es 17 Zeitarbeitsunternehmen. Nur fünf von ihnen haben ihren Hauptstandort in Ravensburg oder wurden hier gegründet, zwölf sind Niederlassungen.

(...)

Quelle: schwäbische.de vom 17.04.2016

Viele Minijobber sparen am falschen Ende

Geringfügig Beschäftigte mit Kindern, die keine Rentenversicherungsbeiträge zahlen, verschenken ein sattes Rentenplus.

Seit Anfang 2013 werden neu eingestellte Minijobber meist automatisch rentenversicherungspflichtig. (...) Auf die Rentenversicherungspflicht können die geringfügig Beschäftigten allerdings verzichten - durch eine ausdrückliche Erklärung.

(...)

Quelle: RP online vom 16.04.2016

Koalition lässt Niedriglöhner im Regen stehen

Union und SPD haben sich auf dem Koalitionsgipfel wieder nicht abschließend auf ein Gesetz geeinigt, das Werk- und Leiharbeit eindämmt. Das ist erstaunlich, denn der Gesetzentwurf der Arbeitsministerin ist sowieso schon bis zur Unwirksamkeit verstümmelt.

Auch am Donnerstag, nach dem siebenstündigen Koalitionsgipfel kündigte Horst Seehofer an, dass er weiter Änderungen fordere. So oder so: Grundlegend etwas verbessern wird das Gesetz nicht.

(...)

Quelle: Stern.de vom 15.04.2016

Allzu billige Arbeitskräfte an den Unis

Immer wieder poppt das Thema im Landtag auf: die extrem prekären Beschäftigungsverhältnisse an bayerischen Unis. Und regelmäßig fordern die Abgeordneten parteiübergreifend dann, es müsse sich endlich etwas ändern.

Was in den Augen der Abgeordneten zum Beispiel gar nicht klappt: der Umgang mit Lehrbeauftragten. (...) Lehrbeauftragte sind weder sozialversichert noch haben sie Mitwirkungsrechte. Planungssicherheit gibt es nicht.

(...)

Quelle: Bayerische Staatszeitung online vom 15.04.2016

Befristet Beschäftigte haben gute Aufstiegschancen

In Deutschland haben Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen relativ gute Chancen auf einen unbefristeten Job. (...) Das zeigt eine neue Studie des Rheinisch-Westfälisches Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.

In Frankreich gelinge lediglich 10,6 Prozent der Betroffenen innerhalb eines Jahres der Sprung in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis. (...) Hierzulande schafften das immerhin 36,3 Prozent.

(...)

Quelle: Welt online vom 14.04.2016

Hoffnung auf ein Ende im Leiharbeits-Streit

Ausbeutung durch Leiharbeit - ein Thema, das zwischen Union und SPD schon für heftigen Streit gesorgt hat. Heute Abend wollen sich die Koalitionäre in Berlin endlich einigen.

Aber es tut sich was in der Union sagt CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. Sie zeigte sich gestern zuversichtlich, dass es beim Treffen der drei Parteichefs einen Kompromiss geben wird.

(...)

Quelle: BR.de vom 13.04.2016

Dauerhafte Verträge

Die Personalräte von 13 der 17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften fordern mehr unbefristete Stellen für ihr nicht-wissenschaftliches Personal. (...) In ihrer Petition (...) fordern die Personalräte, bestehende Befristungen umzuwandeln und Jobs nur noch befristen zu müssen, wenn es dafür einen guten Grund gibt.

Bislang ist die Realität an Bayerns Hochschulen eine andere. Von den 1400 Mitarbeitern, die in den vergangenen zwei Jahren eingestellt wurden, bekamen 92 Prozent befristete Verträge. Ein Drittel davon erfolgte sachgrundlos.

(...)

Quelle: Süddeutsche.de vom 12.04.2016

Arbeitslose landen häufig in der Zeitarbeit

Rund 76 300 arbeitslose Thüringer haben voriges Jahr einen neuen Job aufgenommen - mehr als jeder Fünfte davon bei einer Zeitarbeitsfirma. Erst an zweiter Stelle folgte die verarbeitende Industrie, teilte die Landesarbeitsagentur am Dienstag in Halle mit.

Inzwischen seien vier Prozent der Beschäftigten hierzulande bei Zeitarbeitsfirmen angestellt. «Zeitarbeit ist gegenwärtig eine etablierte Beschäftigungsform.»

(...)

Quelle: Welt online vom 12.04.2016

Fast jedem Zweiten droht Altersarmut

Dass die gesetzliche Rente nicht mehr für den gewohnten Lebensstandard reichen wird, war klar. Aber Recherchen und Berechnungen des WDR zufolge wird sie fast 50 Prozent der Arbeitnehmer möglicherweise nicht einmal mehr vor Armut schützen.

Das sinkende Rentenniveau ist ein Grund für die drohenden Armuts-Renten, doch es gibt weitere: niedrige Löhne, die hohe Zahl teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer sowie der wachsende Anteil von Mini-Jobbern oder Solo-Selbstständigen am Arbeitsmarkt. In all diesen Gruppen ist das künftige Armutsrisiko im Alter (...) massiv.

(...)

Quelle: Tagesschau.de vom 12.04.2016

144.000 weniger Minijobs im dritten Quartal 2015

Die Entwicklung der Minijobs verlief auch im dritten Quartal 2015 nach dem mittlerweile bekannten Muster. Einer leicht rückläufigen Entwicklung bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten stehen weiter steigende Zahlen von Minijobbern im Nebenjob gegenüber.

Wie aus den aktuellen Quartalszahlen (Stichtag 30.09.2015) der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervorgeht, sind zum Ende des dritten Quartals 2015 knapp 7,37 Millionen Personen einer geringfügig entlohnten Beschäftigung (GeB) nachgegangen. Gegenüber dem Vorjahresquartal sind das etwa 144.000 weniger.

(...)

Quelle: miese-Jobs.de vom 11.04.2016

CSU-Blockade brechen

Gegen Lohndumping und die Spaltung der Belegschaften mittels Werkverträgen und Zeitarbeit demonstrierten am Samstag in der bayerischen Landeshauptstadt mehrere tausend Gewerkschafter.

Auf der Kundgebung kritisierten die Gewerkschaften, dass die Bundesregierung ein schon im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vereinbartes Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen bis heute nicht auf den Weg gebracht hat.

(...)

Quelle: junge Welt online vom 11.04.2016

Mehrheit der Beschäftigten in Kitas arbeitet in Teilzeit

Teilzeit-Arbeit ist in Kitas eher die Regel als eine Ausnahme. Wie aus einer Auswertung des Fachkräftebarometers Frühe Bildung hervorgeht, arbeiteten 2015 fast zwei Drittel des Personals weniger als 38,5 Stunden pro Woche. 1998 war es lediglich die Hälfte.

Die Teilzeitarbeitsplätze sind vor allem durch einen stetigen Personalausbau entstanden. Zwischen 1998 und 2015 ist zwar auch die Anzahl von Vollzeitstellen um 28 Prozent (...) gestiegen. Zeitgleich hat sich jedoch die Anzahl der Teilzeitjobs (...) mehr als verdoppelt.

(...)

Quelle: BetriebsratsPraxis24.de vom 11.04.2016

KV-Wahl: Sind Ärzte in Teilzeit außen vor?

Werden angestellte Ärzte in Teilzeittätigkeit zu Unrecht von den bevorstehenden Wahlen zu den Vertreterversammlungen der Kassenärztlichen Vereinigungen ausgeschlossen? Das fürchtet der Bundesverband der Medizinischen Versorgungszentren (BMVZ).

Die KV-Mitgliedschaft angestellter Ärzte ist (...) in vielen KVen daran gebunden, dass sie "mindestens halbtags beschäftigt" sind. (...) Betroffen sein könnten (...) nach der aktuellen Statistik der KBV bundesweit rund 7600 Ärzte.

(...)

Quelle: Ärzte Zeitung online vom 11.04.2016

"Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!"

Leiharbeit und Werkverträge - sie haben aus Sicht der Gewerkschaften viele Beschäftigte zu Mitarbeitern zweiter Klasse gemacht. Dagegen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund heute protestiert - mit einer Aktion auf dem Münchner Odeonsplatz.

Geht es nach den Gewerkschaften, dann sollen Regelungen den gleichen Lohn, den gleichen Schutz und die gleichen Rechte von Stammbeslegschaft und den Mitarbeitern in Zeitarbeit oder mit Werkvertrag festschreiben.

(...)

Quelle: BR.de vom 09.04.2016

Öffentlicher Dienst: Ein Teilzeit-Paradies?

Im öffentlichen Dienst kann man alles haben: eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gutes Geld und einen sicheren Job. Heißt es. (...) Der öffentliche Dienst – ein Teilzeit-Paradies?

Hinter den (...) Teilzeitgarantien bei den Angestellten in den Verwaltungen verblasst oft eine andere Realität. Wer sich im öffentlichen Dienst für Teilzeit entscheidet, um Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, verbaut sich eine mögliche Beförderung.

(...)

Quelle: Zeit online vom 08.04.2016

Welche Erfahrungen haben Sie mit Ihrer Teilzeitstelle?

Einerseits will die Wirtschaft mehr Frauen und mehr flexibles Arbeiten. Andererseits sind Teilzeitmitarbeiter in vielen Unternehmen unerwünscht.

Am Ende verwundert es nicht, wenn gerade Mütter davon berichten, wie ihnen trotz hervorragender Ausbildung und trotz Fachkräftemangel nach der Rückkehr aus der Elternzeit lieber ein Aufhebungsvertrag angeboten wurde statt der gewünschten Teilzeitstelle.

(...)

Quelle: Zeit online vom 08.04.2016

Luftverkehrskonzept: Airport-Betriebsräte appellieren an Bundesregierung

Es geht dabei um das neue Luftverkehrskonzept, das derzeit entwickelt wird. Die Betriebsräte der deutschen Verkehrsflughäfen fordern von der Bundesregierung, soziale Standards in das Luftverkehrskonzept einfließen zu lassen.

Außerdem sprechen sich die Arbeitnehmervertreter gegen eine weitere Liberalisierung aus. Bisher habe diese Strategie befristete Arbeitsplätze, Lohndumping, Auslagerung und eine Ausweitung der Leiharbeit zur Folge

gehabt, heißt es.

(...)

Quelle: airliners.de vom 07.04.2016

Endlich ein richtiger Arbeitsvertrag - das soll es bald geben

Zu viele hangeln sich von Vertrag zu Vertrag. (...) Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) widmete sich dem Thema prekäre Beschäftigung am Mittwoch eigens bei einer Veranstaltung.

Berlin liegt nämlich zu oft mit den falschen Rekorden an der Spitze - lange war es die höchste Arbeitslosigkeit, die schwächste Wirtschaftskraft, jetzt ist es noch immer die größte Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

(...)

Quelle: Der Tagesspiegel online vom 07.04.2016

Trend in Bremen: Jeder dritte neue Job ist Leiharbeit

Der Bremer Arbeitsmarkt weist einige Schönheitsfehler auf. Zu diesem Ergebnis kommt die Arbeitnehmerkammer in ihrem „Bericht zur Lage der Arbeitnehmer im Land Bremen“ (...). Das größte Problem ist demnach die hohe Zahl an Leiharbeitern.

In dem 160 Seiten umfassenden Bericht wird die Hansestadt als eine „Hochburg der Leiharbeit“ bezeichnet. Und auch die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass Bremen fast an der Spitze liegt, was die Beschäftigung von Leiharbeitern angeht.

(...)

Quelle: Weser Kurier online vom 07.04.2016

Soloselbständig - Ein Traum mit Abgründen

Wer sich gegen eine Anstellung entscheidet und lieber selbständig arbeitet, ist meist auf der Suche nach mehr Unabhängigkeit (...). Allerdings fehlt auch ein festes Gehalt, zudem müssen Selbständige ihre Krankenkassenbeiträge und Altersvorsorge vollständig selbst finanzieren.

Neben Selbständigen, die sehr gut verdienen, gibt es in Deutschland auch knapp 120.000 sogenannte "Aufstocker". Sie beziehen Hartz IV, weil sie von den Aufträgen allein nicht leben können.

(...)

Quelle: BR.de vom 05.04.2016

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-82016--1863.html>

PDF erstellt am: 04.12.2020